

# DIE AFRIKANISCHE UNION

*David Robert / Anja Casper*

Im Juli 2009 nahm die Afrikanische Union (AU) erstmalig an den G8 Gesprächen teil, ein Zeichen dafür, dass die panafrikanische Organisation als Vertreterin afrikanischer Interessen international immer mehr wahrgenommen und akzeptiert wird. Allerdings wird ihre Arbeit durch erhebliche Funktionsdefizite erschwert, die auch auf den mangelnden politischen Willen der Staats- und Regierungschefs des Kontinents zurückzuführen sind. Der Vorsitzende der Organisation<sup>1</sup>, Muammar el Gaddafi, könnte diesen Zustand ändern.

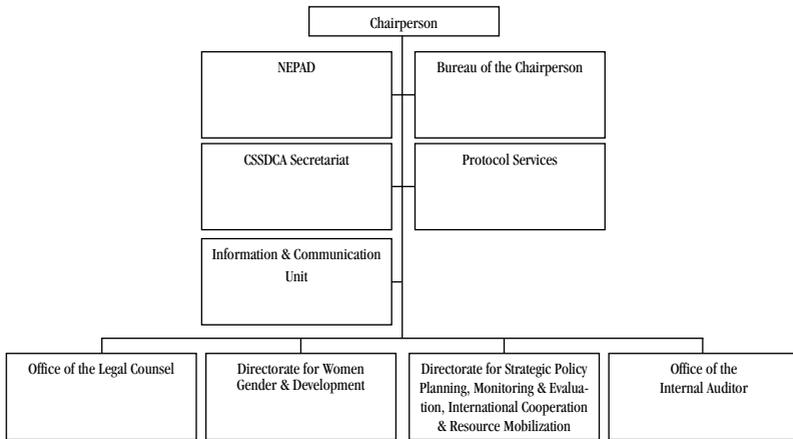
Ähnlich wie bei der Europäischen Union, an deren Modell sich die Afrikanische Union orientiert, ist die zur Gründung einer supranationalen Institution notwendige Beschränkung staatlicher Souveränität auf dem afrikanischen Kontinent ein kontroverses Thema. Während sich die europäischen Nachbarn bei der Gründung der Staatengemeinschaft darauf einigten, die politische Integration zunächst auszuklammern, stand bei der Gründung der AU die Vision eines afrikanischen Bundesstaates im Mittelpunkt, der die seit 1963 bestehende Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) ablösen sollte. Die Umsetzung dieses ehrgeizigen Projektes scheiterte, jedoch gelang es Muammar el Gaddafi, die Staatschefs des Kontinents von einer Neuausrichtung der OAU zu überzeugen, die mit dem *Constitutive Act of the African Union* im Jahr 2002 umgesetzt wurde.

Die AU übernahm im Wesentlichen die bestehenden Strukturen der OAU, sollte zugleich aber eine stärkere politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit in Afrika möglich machen. Diese Aspekte waren bei der OAU vernachlässigt worden, ihr Gründungsziel lag in der Stärkung der nationalen Souveränität der afrikanischen Staaten, die im Zuge der Dekolonisation unabhängig geworden waren. Gleichzeitig kämpfte die OAU gegen jede Form von Fremdherrschaft auf dem Kontinent an. Mit dem Ende der letzten Kolonialherrschaft im südlichen Afrika und der Unabhängigkeit der letzten Kolonien Angola und Mosambik verlor die OAU somit eine wichtige Daseinsberechtigung. Aufgrund des Postulats der Nichteinmischung und der Souveränitätswahrung war die Organisation aber schon vorher in die Kritik geraten, da sie angesichts zahlreicher Bürgerkriege Ende der 1980er Jahre in Sierra Leone, im Sudan oder in Somalia tatenlos geblieben war. Auch bei schweren Menschenrechtsverletzungen und Putschen gab es von Seiten der OAU nur schwache Reaktionen. Die Unfähigkeit der Organisation, die Probleme des Kontinents zu bewältigen, war somit eine wichtige Legitimation für die stärkere politische Ausrichtung der AU. Nach der Aufnahme Südafrikas im Jahr 1994 sind alle Staaten Afrikas Mitglied in der AU – mit Ausnahme Marokkos, das 1984 aus Protest gegen die Aufnahme der Demokratischen Arabischen Republik Sahara, deren Territorium auch von Marokko beansprucht wird, ausgetreten war.

Ähnlich der UNO als Nachfolgeorganisation des Völkerbundes sollte die AU alle Mängel beheben, an denen die OAU gescheitert war. In der Gründungsakte sind unter anderem die Förderung der afrikanischen Einheit und Solidarität, die Durchsetzung von Demokratie und guter Regierungsführung, die Einhaltung der Menschenrechte sowie die Förderung von Frieden, Sicherheit und Stabilität auf dem Kontinent als Ziele der AU verankert.<sup>2</sup>

Wichtigstes Organ der AU ist die einmal jährlich tagende Unionsversammlung der Staats- und Regierungschefs. Die Kommission unter dem aktuellen Präsidenten Jean Ping ist für die laufenden Geschäfte zuständig, hatte bisher aber nur eingeschränkte exekutive Kompetenzen. Sie ist folgendermaßen strukturiert (siehe Abbildung):

### Abbildung: Struktur der Kommission der Afrikanischen Union



Quelle: Executive Council, Third Ordinary Session 2003:15  
<http://www.africa-union.org/root/au/AUC/Structure%20English.PDF>  
 (Zugriff am 09.03.2010)

Dieser Aufbau soll sich nun ändern. Beim Gipfeltreffen Anfang des Jahres 2009 in Addis Abeba wurde beschlossen, die Kommission in eine Afrikanische Behörde (*African Authority*) umzuwandeln. Anfang Juli wurden im libyschen Sirte die Kompetenzen und die Struktur der neuen Behörde festgelegt. Die Behörde soll erweiterte Befugnisse in den Bereichen Verteidigungs- und Außenpolitik erhalten sowie Afrika bei internationalen Organisationen vertreten.<sup>3</sup> Der zweimal jährlich tagende Ministerrat bildet die Exekutive der AU. Das Panafrikanische Parlament besteht seit 2004 und ist zurzeit nur ein beratendes Gremium, in das die Parlamentarier nicht gewählt, sondern von der jeweiligen Regierung entsandt werden. Ein ständiger Vertretungsausschuss soll, ähnlich dem COREPER der EU (*Comité des représentants permanents*), der Kommission zuarbeiten. Der Wirtschafts-, Sozial-, und Kulturrat ist ein beratendes Gremium, das sich aus Vertretern der Zivilgesellschaft zusammensetzt. In der Gründungsakte ist die Einrichtung weiterer Institutionen vorgesehen, die allerdings alle noch nicht existieren: verschiedene technische Ausschüsse und drei Finanzinstitutionen, die Afrikanische Investmentbank, der afrikanische Währungsfonds sowie die Afrikanische Zentralbank, die eine zukünftige einheitliche Währung verwalten soll. Auch der vorgesehene afrikanische Gerichtshof wurde bis-her nicht eingerichtet. Zwar wurde im vergangenen Jahr beschlossen, den bereits bestehenden Gerichtshof für Menschenrechte mit einem

zukünftigen Afrikanischen Gerichtshof zu verschmelzen, allerdings wurde dieser Beschluss bisher von keinem Land ratifiziert.

Bereits im Gründungsjahr 2002 wurde der Grundstein für eine gemeinsame afrikanische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik (*Common African Defence and Security Policy*, CADSP) gelegt. Ziel der CADSP ist es unter anderem, gemeinsame Lösungen für interne und externe Bedrohungen zu finden, die afrikanischen Länder untereinander zu befrieden, einen Rahmen für die militärische Kooperation der afrikanischen Staaten zu schaffen, die Konfliktprävention in Afrika effektiver zu gestalten sowie Integrität und Souveränität der afrikanischen Staaten zu schützen.<sup>4</sup> Wichtigstes Instrument der CADSP ist der im März 2004 gegründete Rat für Frieden und Sicherheit (*Peace and Security Council*, PSC), der den erfolglosen „Mechanismus für die Prävention, das Management und die Lösung von Konflikten“ der OAU ablöst. Dem Sicherheitsrat der UN nachempfunden, setzt sich der PSC aus Vertretern von 15 Mitgliedsstaaten zusammen, die im Rotationsprinzip und nach regionalem Proporz gewählt werden. Konträr zum UN-Sicherheitsrat besitzen die Staaten kein Vetorecht, die Entscheidungen sollen aber nach Möglichkeit im Konsens getroffen werden. Theoretisch hat der PSC weitreichende Zuständigkeiten: Er kann militärische Interventionen aus humanitären Gründen, im Falle von Kriegsverbrechen oder Völkermord, anordnen und schränkt somit das Souveränitätsprinzip der Staaten erheblich ein. Praktisch ist die AU bei ihren Interventionen jedoch auf die Kooperationsbereitschaft der einzelnen Länder sowie auf die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen angewiesen. Um in den Sicherheitsrat gewählt zu werden, müssen die Länder die Einhaltung der in der Gründungsakte vorgeschriebenen Prinzipien wie die Achtung der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit einhalten. Hier befindet sich die AU aber in einem Dilemma: Wenn sie die Kriterien streng anwendet, dann bleiben kaum noch Länder über, werden die Kriterien hingegen aufgeweicht, riskiert der PSC seine Glaubwürdigkeit. Derzeit hat sich die AU für Letzteres entschieden – das legt zumindest die Wahl der aktuellen Ländervertretungen im PSC nahe. Hier finden sich Länder wie Tschad, Ruanda oder Swasiland, deren demokratische Legitimation zumindest hinterfragt werden kann. Weiterhin gehören dem PSC noch eine Reihe verschiedener Unterorganisationen an, namentlich das *Continental Early Warning System*, das *Panel of the Wise*, das *Military Staff Committee* und eine militärische Einsatztruppe, *African Standby Force* (ASF). Die ASF soll helfen, die im PSC beschlossenen Resolutionen durchzusetzen und bis 2010 operabel sein.

In jeder der fünf afrikanischen Regionen ist eine Einheit der ASF aufgebaut worden, deren Stärke zwischen 3.000 und 5.000 Mann beträgt. Die Szenarien der möglichen Einsätze der ASF sind vielfältig: Sie reichen von der Bereitstellung von militärischem Sachverstand bis hin zu eigenständigen Interventionen im Rahmen der UN-Charta oder zur Verhinderung eines Völkermordes, falls die Internationale Gemeinschaft nicht oder nicht schnell genug reagieren kann.<sup>5</sup> Die Aktivitäten der AU haben auf dem Gebiet der gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik zugenommen, so entsandte die AU 2003 zum ersten Mal Soldaten nach Burundi, es folgten friedenssichernde Missionen in Somalia (AMISOM), eine friedensüberwachende Mission in der Krisenregion Darfur im Sudan (AMIS, später UNAMID) sowie die Unterstützung der komorischen Streitkräfte im Jahr 2008, die zur Entmachtung des selbsternannten Präsidenten Mohamed Bacar führte. Ein halbes Jahr bevor die ASF einsatzbereit sein soll, beschränken sich die Interventionen allerdings auf die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen wie UNO oder EU, und es ist damit zu rechnen, dass die Einsätze der ASF auf lange Zeit komplementär zu den EU-Battlegroups oder den UN-Friedenstruppen bleiben werden.<sup>6</sup> Für eine eigene Einheit verfügt die AU in absehbarer Zeit nicht über ausreichende finanzielle Mittel, es gibt Mängel in Konzeption und Ausrüstung, zudem fehlt es an politischen Willen. Zugleich sind die Länder einzelner Regionen oft in Konflikte untereinander verstrickt, was die Schaffung einer gemeinsamen (regionalen) Einsatztruppe erschwert. Schwer vorstellbar ist, dass afrikanische Truppen gegen den Willen eines Landes, und damit auch ohne dessen logistische Unterstützung, auf seinem Territorium agieren werden, auch wenn dies theoretisch möglich ist. Der Aufbau von ASF-Truppen in fünf Regionen erschwert zudem die Koordination, da viele Länder in mehreren Regionalorganisationen vertreten sind, die in anderen Bereichen, beispielsweise in der Handelspolitik, miteinander konkurrieren und deren Strukturen und Integrationsgrad verschieden sind.<sup>7</sup> Zudem gibt es keine eindeutige Regelung betreffend die Verteilung der Zuständigkeit über die ASF zwischen AU und den Regionen. Idealerweise würde versucht werden, einen Konflikt zunächst vor Ort, in der Region zu lösen, das Mandat dafür würde jedoch vom PSC vergeben werden.<sup>8</sup>

Auch politisch bezieht die AU in den letzten Jahren Stellung: Auf Druck der AU hielt der nicht demokratisch legitimierte Präsident Togos, Faure Gnassingbé, Neuwahlen ab, die Mitgliedschaft von Guinea ist nach einem Militärputsch 2008 suspendiert, gegen Mitglieder der Militärjunta wurden nach einem erneuten Putsch 2009 persönliche Sanktionen wie die Ein-

schränkung der Reisefreiheit verhängt, und auch die Mitgliedschaft von Madagaskar ist nach der undemokratischen Machtübernahme durch Andry Rajoelina seit März 2009 auf Eis gelegt. Die AU hat durch diese Initiativen gezeigt, dass sie aus den Fehlern der OAU gelernt hat und die Wahrung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit vor das Prinzip der staatlichen Souveränität stellt. Allerdings reicht die Idee von afrikanischen Lösungen für afrikanische Probleme nicht immer weit genug: Im Fall Simbabwe blieb die AU weitgehend handlungsunfähig und konnte sich zu keinen konkreten Sanktionen gegen Robert Mugabe durchringen.

Ein Prüfstein, wie ernst es der AU mit der Forderung nach mehr Demokratie ist, waren die zahlreichen Präsidentschaftswahlen, die 2009 auf dem afrikanischen Kontinent stattfanden. Im Vorfeld hatte die AU erklärt, undemokratische Wahlen nicht tolerieren zu wollen. Durch Kritik an den undemokratischen Wahlabläufen und Resultaten, die sich in einigen Ländern manifestierten, hätte die AU ihre Rolle in Afrika und ihre internationale Reputation stärken können. Allerdings konnte sich die AU in den meisten Fällen nur zu Lippenbekenntnissen durchringen. Im Niger, wo der Präsident seine Amtszeit ohne Wahlen verfassungswidrig verlängerte, kritisierte die westafrikanische Regionalorganisation ECOWAS den Präsidenten wesentlich schärfer als die AU. Gemeinsam mit der UN und ECOWAS hatte die AU zwar eine Delegation in das Land entsandt, eine offizielle Erklärung, in der die AU die Vorgänge verurteilt, wurde bisher jedoch lediglich von der EU und von ECOWAS verabschiedet. Auch in der Côte d'Ivoire ist die AU bisher nicht wesentlich in Erscheinung getreten. Während die internationale Gemeinschaft in den vergangenen Monaten immer wieder die politischen Akteure im Land dazu aufgerufen hat, sich für die Abhaltung der Wahlen noch im Jahr 2009 einzusetzen, ermahnte die AU die ivoirischen Parteien zwar, ein politisches Klima zu schaffen, das den Wahlen zuträglich ist, aber beim Gipfeltreffen im Juli 2009 begrüßte sie die bisher umgesetzten Vorbereitungsmaßnahmen, ohne auf die enormen Verzögerungen bei der Wahlvorbereitung hinzuweisen.<sup>9</sup> Auch im Rahmen der internationalen Finanzkrise ist die AU bisher nicht in Erscheinung getreten.

Der Entschluss der Afrikanischen Union (AU), bei der Festnahme und Auslieferung des sudanesischen Präsidenten Omar Hassan el Bashir nicht mit dem Internationalen Strafgerichtshof (ICC) zu kooperieren<sup>10</sup>, stärkt nicht die Annahme, dass die AU ein verlässlicher Internationaler Partner sei. Allerdings war und bleibt dieser Entschluss unter den afrikanischen Staaten kontrovers: Dreißig afrikanische Staaten sind dem Gericht beige-

treten und sind daher verpflichtet, mit dem ICC zu kooperieren. Einige andere Länder haben bereits signalisiert, sich nicht an den Entschluss der AU halten zu wollen. Die Mehrheit der afrikanischen Staaten hatte sich dafür ausgesprochen, den Haftbefehl auszusetzen, was im Sicherheitsrat durch eine Resolution hätte beschlossen werden können. Allerdings hat keines der drei afrikanischen Mitglieder (Uganda, Burkina Faso und Libyen) einen Entwurf eingebracht. Der Vorwurf, die UN wäre nicht auf die Forderungen der AU eingegangen, ist somit nicht haltbar, vielmehr lassen die Vorgänge die AU in einer Verweigerungshaltung erscheinen. Damit manifestiert sich ein Grundproblem der AU: Anstatt mit einem konstruktiven Vorschlag zur Lösung eines Problems beizutragen, wird eine Blockadehaltung eingenommen. Steht der afrikanische Block geschlossen, gelingt es sicherlich auf internationaler Ebene, Entscheidungen zu verhindern, allerdings wird das der AU keinen Respekt oder Anerkennung seitens der internationalen Staatengemeinschaft einbringen.

Eines ist der AU im Jahr 2009 aber bereits gelungen: Auf der internationalen Bühne ist sie stärker als je zuvor in Erscheinung getreten, was auf den im Januar 2009 gewählten Vorsitzenden Muammar el Gaddafi zurückzuführen ist. Gaddafi verfügt über die notwendigen internationalen Kontakte, um weltweit auf die AU aufmerksam zu machen, und bei der internationalen Gemeinschaft für die afrikanische Organisationen um stärkeres Engagement zu werben. Allerdings hat der Vorsitzende der AU diese Chance bisher wenig genutzt. Als der exzentrische libysche Präsident im Juli als erster Vertreter der AU zu einem G8 Gipfel eingeladen wurde, nutzte er diese Gelegenheit nicht, um über die Belange Afrikas zu sprechen. Die „politische“ Botschaft, die vor allem durchdrang war, dass er in einem überdimensionalen Zelt in einem römischen Park residierte.

Gaddafi, der sich bei seiner Wahl im Januar mit dem bescheidenen Titel „König der traditionellen Könige Afrikas“ anreden ließ und sich 1969 an die Macht putschte und seitdem ohne demokratische Legitimation in Libyen regiert, hat sich für seine Amtszeit viel vorgenommen. Er will die „Vereinigten Staaten von Afrika“ gründen, einen geeinten Staat mit einheitlicher Währung, Pässen und einer gemeinsamen Armee, der eine wichtige Rolle in der Welt spielen sollte. Auch wenn dieses Ziel unrealistisch ist, so könnte Gaddafi durch seinen Einfluss auf dem Kontinent den Integrationsprozess der AU doch positiv vorantreiben und die panafrikanische Organisation stärken. Dies nicht zuletzt, weil er auf dem Kontinent über erheblichen Einfluss und enorme finanzielle Ressourcen verfügt, die er auch für

politische Projekte verwendet. Eine gefestigte AU wäre wichtig, um adäquat auf regionale Herausforderungen reagieren zu können und um den Demokratisierungsprozess auf dem Kontinent weiter voranzubringen, zur gleichen Zeit hat Gaddafi die Chance, die regionale Kohäsion zu fördern.

Wäre es Gaddafis Absicht, ein stärkeres Engagement der AU bei friedenssichernden Missionen zu fördern, würde davon auch die internationale Gemeinschaft profitieren, weil sie das eigene Truppenkontingent verringern könnte. UN und EU sollten ein großes Interesse daran haben, die Kapazitäten der AU auf diesem Feld zu unterstützen, denn die Hälfte der laufenden UN-Missionen findet in Afrika statt.<sup>11</sup> Ob Länder wie Südafrika, Nigeria oder Ägypten im Bereich Außenpolitik Souveränitätsrechte abgeben werden, bleibt abzuwarten, aber Gaddafi ist es zuzutrauen, den Ländern einen Kompromiss abzurufen.

Eine Chance für Gaddafi zu beweisen, dass er es ernst meint mit seiner Absicht, Frieden und Stabilität auf dem afrikanischen Kontinent zu fördern, ist ein geplanter Sondergipfel, der sich mit den auf dem Kontinent schwebenden Konflikte wie der Krise in der Sahelzone befassen soll. Gerade in der Sahelzone ist Gaddafis Einfluss enorm. Würde er als ehrlicher Vermittler auftreten, könnte sich die historische Chance ergeben, wesentlich zur Stabilität der Region beizutragen. Ursprünglich sollte dieser Gipfel bereits im September 2009 stattfinden, fand aber erst am 25. Februar 2010 statt.

Zudem liegt Gaddafi der Panafrikanismus seit langem am Herzen, und es ist ein Prestigeerfolg für ihn, dass er nun als Architekt der AU auch an ihrer Spitze steht. Seiner Vision einer afrikanischen Einheitsregierung stehen jedoch viele afrikanische Staats- und Regierungschefs skeptisch gegenüber – nicht nur aus Angst um die nationale Souveränität.

Der libysche Staatschef ist in Afrika eine umstrittene Person, dessen Interessen und Ziele undurchsichtig bleiben. Von der internationalen Gemeinschaft lange Zeit isoliert, trat Gaddafi zuletzt als Vermittler im Tuareg-Konflikt in den Ländern Mali und Niger auf, und das obwohl nicht wenige davon überzeugt sind, dass er selber Ursache des Problems ist. Weil viele nord- und westafrikanische Staaten kaum über eine konsolidierte Demokratie oder eine Armee verfügen, die das Land im Ernstfall verteidigen könnte, müssen sie sich gut stellen mit dem mächtigen Libyen. Gleichzeitig wäre es für Gaddafi ein Leichtes, die Nachbarstaaten zu desta-

bilisieren. Gaddafis ambivalenten Ambitionen ist es wohl zu verdanken, dass viele westafrikanische Staaten seiner Wahl zum Vorsitzenden der AU in Addis Abeba fernblieben und somit seine Wahl nicht aktiv unterstützten. Sich offen gegen die Wahl Gaddafis auszusprechen, wagte jedoch keiner. Da gemäß dem Regionalproporz ein Kandidat aus dem Norden des Kontinents den Vorsitz übernehmen musste und Gaddafi der einzige Anwesende aus der Region war, kann er auch nicht als Wunschkandidat der Teilnehmer angesehen werden.

Durch den Führungswechsel an der Spitze der AU ist es möglich, dass diese ihren Einfluss auf dem afrikanischen Kontinent vergrößern kann. Denkbar wäre aber auch, dass die Auseinandersetzung mit politischen Problemen auf dem Kontinent ins Stocken gerät und sich das innere Organisations- und Demokratiedefizit der AU verstärkt – zumal der Vorsitzende der Organisation, die sich zum Ziel gesetzt hat, demokratische Regierungsführung und Good Governance zu unterstützen, es mit diesen Prinzipien selbst nicht so genau nimmt. Gaddafis Visionen überfordern die AU, die strukturell nicht viel besser aufgestellt ist als die Vorgängerorganisation OAU. Die Finanzmittel sind unzureichend, viele Länder zahlen erst gar keinen Beitrag und Algerien, Libyen, Nigeria und Südafrika kommen gemeinsam für rund 40 Prozent des Haushaltes auf. Wichtige Institutionen der AU wie der Gerichtshof bestehen bisher nur auf dem Papier, so dass die von Gaddafi geplante Ausweitung der Organisation und Kompetenzen der AU anstelle einer Konsolidierung der vorhandenen Struktur zwar möglich, aber nicht erfolversprechend ist. So wurde der NEPAD-Mechanismus (*New Partnership for Africa's Development*) Bestandteil der AU, ohne das bisher technische und administrative Einzelheiten der Integration bekannt sind. Auch die in Addis Abeba beschlossene Reform zur Umwandlung der Kommission in eine Behörde mit mehr Kompetenzen scheint nicht wirklich ein Schritt in eine einheitliche Regierung zu sein, zumal auch diese Behörde ein ausdrückliches Mandat aller AU Staatschefs benötigt, bevor sie handeln kann. Ob somit die Ziele einer „Afrikanischen Regierung“ und des Bürokratieabbaus erreicht werden, bleibt abzuwarten; nicht zuletzt weil viele afrikanische Staaten Gaddafis Idee zur Gründung der „Vereinigten Staaten von Afrika“ ablehnen und eine regionale politische Föderation bevorzugen, wie sie in Form der Regionalverbände wie ECOWAS bereits besteht. So betonte beispielsweise Ugandas Präsident Yoweri Museveni in der Vergangenheit mehrmals, er sei bereit, Souveränität auf einem regionalen, nicht aber auf einem kontinentalen Level abzugeben.

Das Ziel der AU, die regionale Integration zu fördern ist wünschenswert und von einer gestärkten afrikanischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik kann die internationale Gemeinschaft nur profitieren. Allerdings scheinen die Zielsetzungen der AU in vielen Bereichen oft zu ehrgeizig, wenn nicht unrealistisch, da finanzielle und organisatorische Probleme sowie fehlender politischer Wille eine Integration erschweren.

Sicher gibt es auf dem Weg der afrikanischen Integration für die AU noch viel zu tun, und vielleicht ist die Vision Gaddafis, die Vereinigten Staaten von Afrika zu schaffen, nicht realisierbar. Dennoch dürfen die Fortschritte, die die AU bereits gemacht hat, angesichts der politischen, wirtschaftlichen und humanitären Krisen Afrikas der vergangenen Jahre nicht unterbewertet werden.

- 1| *Vorsitz bis Beginn des Jahres 2010; Nachfolger ist der malawische Präsident Bingu wa Mutharika.*
- 2| *Gründungsakte der Afrikanische Union, Kapitel 3: Ziele. Unter : [http://www.africa-union.org/root/au/AboutAu/Constitutive\\_Act\\_en.htm#Article3](http://www.africa-union.org/root/au/AboutAu/Constitutive_Act_en.htm#Article3) (Zugriff 27.07.2009)*
- 3| *Schulze, Ralph: Afrika will sich an der EU orientieren, in: Der Tagesspiegel unter: <http://www.tagesspiegel.de/politik/international/afrika/Afrika-Afrika-Behoerde;art1287,2839185> (Zugriff: 27.07.2009)*
- 4| *Solemn Declaration on a common African Defence and Security Policy, Kapitel 3 „Objectives and Goals of the common African Defence and Security policy, unter: [http://www.africa-union.org/News\\_Events/2ND%20EX%20ASSEMBLY/Declaration%20on%20a%20Comm.Af%20Def%20Sec.pdf](http://www.africa-union.org/News_Events/2ND%20EX%20ASSEMBLY/Declaration%20on%20a%20Comm.Af%20Def%20Sec.pdf) (Zugriff: 27.07.2009)*
- 5| *Kinzel, Wolf: Die African Standby Force der Afrikanischen Union: Ehrgeizige Pläne, große regionale Disparitäten, eine Zwischenbilanz. SWP-Studie 2008/21 unter: [http://www.swp-berlin.org/common/get\\_document.php?asset\\_id=5514](http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=5514) (Zugriff 27.07.2009) Seite 11*
- 6| *Ebd., Seite 5-6*
- 7| *Ebd., Seite 13*
- 8| *Ebd., Seite 25*
- 9| *Entscheidungen und Erklärungen der 13. Unionsversammlung der Staats- und Regierungschefs unter [http://www.africa-union.org/root/au/Conferences/2009/july/summit/decisions/ASSEMBLY%20AU%20DEC%20243%20-%20267%20\(XIII\)%20\\_E.PDF](http://www.africa-union.org/root/au/Conferences/2009/july/summit/decisions/ASSEMBLY%20AU%20DEC%20243%20-%20267%20(XIII)%20_E.PDF) (Zugriff 27.07.2009) Seite 20*
- 10| *Entscheidungen und Erklärungen der 13. Unionsversammlung der Staats- und Regierungschefs unter [http://www.africa-union.org/root/au/Conferences/2009/july/summit/decisions/ASSEMBLY%20AU%20DEC%20243%20-%20267%20\(XIII\)%20\\_E.PDF](http://www.africa-union.org/root/au/Conferences/2009/july/summit/decisions/ASSEMBLY%20AU%20DEC%20243%20-%20267%20(XIII)%20_E.PDF) (Zugriff 27.07.2009) Seite 9*
- 11| *Heidelberger Konfliktbarometer 2008 unter: [http://hiik.de/de/konfliktbarometer/pdf/ConflictBarometer\\_20](http://hiik.de/de/konfliktbarometer/pdf/ConflictBarometer_20)*